

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EP-PLENUM VOM 26. - 29.09.2011 IN STRASSBURG: WESENTLICHE ERGEBNISSE

BARROSOS REDE ZUR LAGE DER UNION TRIFFT AUF BREITE ZUSTIMMUNG

Mit einem Plädoyer gegen den Ausbau der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der Eurozonenstaaten und für die Anwendung der Gemeinschaftsmethode unter voller Einbeziehung von Kommission und EP stieß Kommissionspräsident *Barroso* auf breite Zustimmung. Er wandte sich gegen den Vorschlag von Bundeskanzlerin *Dr. Merkel* und Staatspräsident *Sarkozy*, Treffen der Eurozonenstaaten unter Vorsitz des Präsidenten des Europäischen Rats, *Herman Van Rompuy*, zu institutionalisieren. Die Kommission sei die Wirtschaftsregierung der Union. Im Mittelpunkt der Rede standen Finanzthemen. Griechenland sei und bleibe Mitglied des Euroraums, müsse die Auflagen aber vollständig umsetzen. *Barroso* kündigte erneut ein Kommissionspapier an, in dem Möglichkeiten zur Einführung von Eurobonds skizziert werden. In der anschließenden Debatte bekam *Barroso* breite Unterstützung für sein Plädoyer zu Gunsten der Gemeinschaftsmethode.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE STEUERUNG: „SIX-PACK“ MIT MEHRHEIT ANGENOMMEN

Das EP hat dem Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung („Six-Pack“) zugestimmt.

DEBATTE MIT DEM CHEF DER EUROGRUPPE *JUNCKER*

Der Präsident der Eurogruppe der EU-Finanzminister, Luxemburgs Premierminister *Jean-Claude Juncker*, stellte sich dem EP-Plenum. Dabei verteidigte er die bisherigen Maßnahmen der Eurogruppenstaaten. Wichtig sei, die Gipfelbeschlüsse vom 21.07.2011 umzusetzen. Wie Kommissionspräsident *Barroso* und die große Mehrheit im EP sprach er sich für die Gemeinschaftsmethode aus und unterstützte den Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB.



Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

SCHENGENBEITRITT VON BULGARIEN UND RUMÄNIEN WEITERHIN UNGEWISS

Bei der Ratstagung am 22./23.09.2011 in Brüssel konnten sich die Innenminister der Mitgliedstaaten nicht auf einen konkreten Termin für den Beitritt von Bulgarien und Rumänien zum Schengenraum einigen. Ein von Deutschland und Frankreich vorgelegte Kompromissvorschlag, am 31.10.2011 zunächst die See- und Luftgrenzen zu öffnen und im Sommer 2012 auf Grundlage des nächsten Fortschrittsberichts der Kommission zu entscheiden, ob auch die Landgrenzen geöffnet werden können, scheiterte am Veto Finnlands und der Niederlande. Beide Länder sehen weiterhin erhebliche Defizite bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption und verweigerten deshalb die Zustimmung. Die polnische Präsidentschaft will nun bis zum Europäischen Rat am 17.10.2011 eine Lösung herbeiführen.

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 22./23.09.2011: WEITERE INNENPOLITISCHE THEMEN

- Kommissionsvorschlag zur Verwaltung des Schengenraums stößt bei Mitgliedstaaten auf Kritik
- VIS kurz vor Inbetriebnahme, weiter Probleme bei SIS II
- Deutschland enthält sich bei Abstimmung über PNR-Abkommen mit Australien.

EP-PLENUM 26. - 29.09.2011 IN STRASSBURG: INNENPOLITIK

- Bericht zum Europäischen Katastrophenschutz angenommen
- Entschließung zur Verkehrssicherheit.

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG ZUR ÄNDERUNG DES VISAKODEX VOR

Die Kommission hat am 30.08.2011 einen Verordnungsvorschlag zur Änderung des Visakodex vorgelegt. Die Änderungen betreffen einige Passagen des Kodex über die Ausnahme von der Visapflicht während eines Flughafen-



Transits.

Verordnungsvorschlag der Kommission:

[http://www.europarl.europa.eu/RegData/docs_autres_institutions/commission_europeenne/com/2011/0516/COM_COM\(2011\)0516_DE.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/docs_autres_institutions/commission_europeenne/com/2011/0516/COM_COM(2011)0516_DE.pdf)

EUGH BESTÄTIGT SEINE RECHTSPRECHUNG ZUM ONLINE-GLÜCKSSPIEL

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 15.09.2011 erneut seine Rechtsprechung zum Online-Glücksspiel bestätigt. In dem Urteil wiederholen die Richter ihre ständige Rechtsprechung, wonach ein staatliches Glücksspiel-Monopol zwar eine Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit darstelle, das jedoch aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses gerechtfertigt werden könne, wenn mit ihm das Ziel der Bekämpfung der mit diesen Spielen verbundenen Gefahren in systematischer und kohärenter Weise verfolgt werde.

Pressemitteilung:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110091de.pdf>

KOMMISSION: GERINGERE BESTEUERUNG VON ONLINE-GLÜCKSSPIELANBIETERN ZULÄSSIG

Die Kommission hat am 20.09.2011 entschieden, dass ein Gesetz, mit dem geringere Steuern für Online-Kasinos als für traditionelle Kasinos eingeführt werden, mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang steht, wenn die positiven Auswirkungen der mit dem Gesetz verfolgten Liberalisierung der Branche mögliche Wettbewerbsverfälschungen überwiegen.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1048&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

EP NIMMT SICH BEKÄMPFUNG DER OBDACHLOSIGKEIT AN

Das Europäische Parlament (EP) hat am 14.09.2011 eine Entschließung zu einer EU-Strategie zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit angenommen. Die Mitgliedstaaten werden darin aufgefordert, bis 2015 Fortschritte bei der Beendigung der Obdachlosigkeit zu erzielen. Die Kommission wird angehalten, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, in der alle relevanten Akteure zusammen-



kommen. Die Finanzierung von Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit soll durch eine stärkere Verknüpfung mit den Strukturfonds bzw. aus EFRE-Mitteln erreicht werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2011-0383&language=DE&ring=B7-2011-0475>

INTA-AUSSCHUSS STIMMT VERORDNUNGSVORSCHLAG BEZÜGLICH FEUERWAFFEN ZU

Der EP-Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) hat am 22.09.2011 einstimmig einen Verordnungsvorschlag bezüglich der Ein- und Ausfuhr von Feuerwaffen für den Zivilgebrauch angenommen. Damit soll Art. 10 des Feuerwaffen-Protokolls der Vereinten Nationen vollständig umgesetzt werden. Der Vorschlag wird im Oktober 2011 im EP-Plenum behandelt.

Pressemitteilung des Berichterstatters *Salvatore Iacolino* (EVP/ITA):

<http://www.eppgroup.eu/press/showpr.asp?prcontroldoctypeid=1&prcontrolid=10609&prcontentid=17877&prcontentlg=en>

ÜBERARBEITUNG DER BEIHILFEREGELN FÜR DASEINSVORSORGE – KOMMISSION LEGT ERSTE ENTWÜRFE VOR

Die Kommission hat am 16.09.2011 ihre Überlegungen zur Überarbeitung der derzeit geltenden Regelungen für Beihilfen im Bereich der Daseinsvorsorge („Monti“-Paket) vorgestellt. Sie enthalten die Kriterien, nach denen Mitgliedstaaten die so genannten „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (DAWI) wie z. B. den sozialen Wohnungsbau beihilferechtskonform fördern können.

Entwürfe der Kommission:

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/sgei.html

KOMMISSION STELLT FAHRPLAN FÜR RESSOURCENSCHONENDES WACHSTUM VOR

Die Kommission hat am 20.09.2011 einen Fahrplan für ein ressourcenschonendes Wachstum der europäischen Wirtschaft bis 2050 als Teil der Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ innerhalb der Strategie Europa 2020 vorgestellt. In dem Fahrplan zeigt die Kommission verschiedene Bereiche auf, in denen besonders viele Ressourcen verbraucht werden und beschreibt in verschiedenen Kapiteln die Maßnahmen, die erforderlich sind, um



den Prozess einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Wirtschaft in Gang zu bringen und bis 2050 in kohärenter Weise umzusetzen.

Pressemitteilung der Kommission:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1046&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Mitteilung der Kommission über den Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa:

http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/pdf/com2011_571_de.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

JI-RAT AM 22. UND 23.09.2011 IN BRÜSSEL

- Richtlinie über die Europäische Schutzanordnung in Strafsachen verabschiedungsreif
- Richtlinie über das Recht auf Rechtsbeistand in Strafverfahren und das Recht auf Kontaktaufnahme bei der Festnahme
- Finanzierungsprogramme zur Förderung der justiziellen Zusammenarbeit

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/11/st13/st13971.de11.pdf>

MITTEILUNG DER KOMMISSION ZU JUSTIZIELLEN AUS- UND FORTBILDUNGSMASSNAHMEN

Am 13.09.2011 veröffentlichte die Kommission ihre Mitteilung zur „Förderung des Vertrauens in eine EU-weite Rechtspflege – eine neue Dimension der justiziellen Aus- und Fortbildung auf europäischer Ebene“. Die Kommission verfolgt darin im Einklang mit dem Stockholmer Programm das Ziel, der Hälfte der Rechtspraktiker in der EU bis 2020 die Teilnahme an europabezogenen justiziellen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen durch den Einsatz aller Ressourcen zu ermöglichen, die auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene zur Verfügung stehen.

http://ec.europa.eu/justice/criminal/files/2011-551-judicial-training_de.pdf

MITTEILUNG DER KOMMISSION ZU DEN LEITPRINZIPIEN DER EU-STRAFRECHTSPOLITIK

Am 20.09.2011 veröffentlichte die Kommission ihre Mitteilung KOM(2011) 573



„Auf dem Weg zu einer europäischen Strafrechtspolitik“. Damit hat sie erstmals seit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ihre Überlegungen über die Möglichkeiten einer einheitlichen EU-Strafrechtspolitik öffentlich gemacht.

http://ec.europa.eu/justice/newsroom/files/com201105733_de.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

RICHTLINIENVORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR EINFÜHRUNG EINER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Die Kommission hat am 28.09.2011 ihren Richtlinienvorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer veröffentlicht. Erfasst werden sollen Transaktionen mit grundsätzlich allen Typen von Finanzinstrumenten. Dazu gehören Wertpapiere, Anleihen, Anteile, Derivate und strukturierte Finanzprodukte. Alltägliche Transaktionen, in die Verbraucher einbezogen sind, wie z. B. Versicherungsverträge, Hypothekarkredite, Verbraucherkredite oder Zahlungsdienstleistungen sind vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen. Die Steuer wird auf Finanztransaktionen erhoben, wenn mindestens eine Transaktionspartei in der EU ansässig ist. Die Kommission schlägt einen Mindeststeuersatz von 0,1 % für den Handel mit Anleihen und Anteilen und von 0,01 % für den Handel mit Derivaten vor. Die Kommission rechnet bei den genannten Steuersätzen mit einem jährlichen Aufkommen von 57 Mrd. €. Ein Teil der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer soll in den EU-Haushalt fließen, so dass das Steueraufkommen nur teilweise den Mitgliedstaaten zufließt.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/other_taxes/financial_sector/index_de.htm

REDE VON KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO ZUR LAGE DER UNION IM EP IN STRASSBURG

Zum zweiten Mal nach 2010 (EB 15/10) hat Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* am 28.09.2011 eine Rede zur Lage der Union gehalten. Die Währungsunion müsse durch eine wirtschaftspolitische Union ergänzt werden. *Barroso* bekräftigte, Griechenland sei und bleibe Mitglied des Euroraums, müsse die ihm auferlegten Auflagen aber vollständig umsetzen. Der Kommissionspräsident rief erneut zur Umsetzung der Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs des Euroraums vom 21.07.2011 auf. Die EFSF könne dann



auch präventiv tätig werden und insbesondere auch Banken unterstützen. Zudem sprach sich *Barroso* für ein beschleunigtes Inkrafttreten des permanenten Krisenmechanismus ESM aus. Der Kommissionspräsident kündigte für die nächsten Wochen ein Kommissionspapier an, in dem Möglichkeiten zur Einführung von Eurobonds skizziert werden (s. hierzu Beitrag aus dem Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament).

PLENUM DES EP VERABSCHIEDET DAS LEGISLATIVPAKET ZUR WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG

Das EP hat am 28.09.2011 im Plenum das Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung verabschiedet. Das Legislativpaket besteht aus sechs Legislativakten, mit dem der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft und ein Instrumentarium zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen wird. Nach fast einem Jahr konnten die Verhandlungen zwischen Rat und EP Mitte September zum Abschluss gebracht werden, nachdem die noch verbliebenen Streitpunkte, die Abstimmungsmodalitäten im präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie die Behandlung der Mitgliedstaaten mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen ausgeräumt werden konnten (s. EB 15/11). Der ECOFIN-Rat wird das Legislativpaket voraussichtlich am 04.10.2011 billigen. Damit könnte das Legislativpaket bis Ende des Jahres, rechtzeitig vor Beginn des nächsten Europäischen Semesters, in Kraft treten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/647>

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110928IPR27710/html/Parlament-gibt-k%C3%BCnftigen-Economic-Governance-Pl%C3%A4nen-gr%C3%BCnes-Licht>

ERGEBNISSE DES INFORMELLEN ECOFIN-RATES AM 16./17.09.2011 IN BRESLAU

Aufgrund des informellen Charakters des Treffens wurden weder förmliche Ratschlussfolgerungen getroffen noch Ratsbeschlüsse gefasst. Ein zentrales Diskussionsthema war das Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung, zu dem kurz vor dem ECOFIN-Treffen in den Trilogverhandlungen mit dem EP und der Kommission eine Einigung erzielt werden konnte (s. Beitrag in diesem EB). Die ECOFIN-Minister haben dem Kompromissvorschlag des Trilogs informell zugestimmt. Daneben gab es einen Austausch über die aktu-



elle Situation der Weltwirtschaft mit US-Finanzminister *Geithner*. Die Kommission stellte ihre weiteren Planungen bei den Finanzmarktreformen vor. Wichtige Legislativvorschläge seien in der nächsten Zeit die Reform der Finanzmarkttrichtlinie (MiFID), die Verordnung über Ratingagenturen und das Krisenmanagement im Finanzsektor.

KOMMISSION FORDERT VON DEUTSCHLAND ÄNDERUNG DISKRIMINIERENDER STEUERVORSCHRIFTEN FÜR STILLE RESERVEN

Die Kommission hat Deutschland am 29.09.2011 förmlich aufgefordert, seine Steuervorschriften für stille Reserven zu ändern. Nach deutschem Steuerrecht können Steuerpflichtige stille Reserven steuerfrei von veräußerten Wirtschaftsgütern auf andere neu angeschaffte Wirtschaftsgüter übertragen. Dies ist allerdings nur möglich, wenn das neu angeschaffte Wirtschaftsgut zum Anlagevermögen einer deutschen Betriebsstätte des Steuerpflichtigen gehört. Die Kommission sieht in dieser Regelung einen Verstoß gegen die Niederlassungsfreiheit gemäß Art. 49 und 54 AEUV. Die Aufforderung der Kommission, die deutschen Vorschriften zu ändern, ist der zweite Schritt des Vertragsverletzungsverfahrens. Wenn Deutschland der Kommission nicht binnen zwei Monaten die Maßnahmen mitteilt, mit denen die Verletzung des EU-Rechts abgestellt wird, kann die Kommission Deutschland beim EuGH verklagen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1127&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

JAHRESBERICHT 2010 ÜBER DEN SCHUTZ DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EU

Die Kommission hat am 29.09.2011 ihren Jahresbericht über den Schutz der finanziellen Interessen der EU veröffentlicht. Dieser enthält Daten zu von den Mitgliedstaaten gemeldeten Unregelmäßigkeiten und vermuteten Betrugsdelikten sowie zur Rückforderung von EU-Geldern. Nach dem Kommissionsbericht wurden in fast allen Bereichen des Haushaltsplans mehr Unregelmäßigkeiten gemeldet. Dieser Anstieg bedeutet aber nicht zwingend, dass die Unregelmäßigkeiten im letzten Jahr zugenommen haben. Vielmehr weist die Kommission darauf hin, dass sie aufgrund verbesserter Berichterstattungssysteme in den meisten Mitgliedstaaten Zugang zu mehr und besseren Daten über Unregelmäßigkeiten hat.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1133&format=>



[HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

ÜBERARBEITUNG DER BEIHILFEREGELN FÜR DASEINSVORSORGE – KOMMISSION LEGT ERSTE ENTWÜRFE VOR

Die Kommission hat am 16.09.2011 neue beihilferechtliche Vorschriften vorgestellt, die die Zulässigkeit staatlicher Ausgleichsleistungen an Unternehmen, die Daseinsvorsorgeleistungen erbringen, betreffen. Sie enthalten die Kriterien, nach denen Mitgliedstaaten sog. „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (DAWI) fördern können, z. B. Krankenhäuser, Alten- oder Kinderbetreuung. Neu ist vor allem der Vorschlag einer „De-Minimis“-Sonderregelung, wonach eine DAWI-Finanzierung bis zu 150.000 €/Kalenderjahr gar nicht als Beihilfe angesehen wird. Allerdings soll diese Vereinfachung nur für lokal finanzierte DAWI, die durch kleinere Unternehmen erbracht werden, gelten (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/sgei.html

RAT NIMMT STANDPUNKT ZUR REDUZIERUNG DER BILANZIERUNGS- PFLICHT FÜR KLEINSTUNTERNEHMEN AN

Der Rat bestätigte am 12.09.2011 nun auch formal seine bereits am 30.05.2011 in erster Lesung erzielte politische Einigung (s. EB 11/11) zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG des Rates über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen im Hinblick auf Kleinbetriebe. Diese können gemäß dem Vorschlag durch die Mitgliedstaaten von den Bilanzierungspflichten ausgenommen werden, sofern sie zwei der drei folgenden Schwellenwerte nicht überschreiten: Die Bilanzsumme darf nicht über 250.000 € liegen, die Nettoumsatzerlöse nicht über 500.000 €, die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres Beschäftigten liegt nicht über zehn. Der Vorschlag geht nunmehr an das EP zur zweiten Lesung (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/124579.pdf



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

ÜBERARBEITUNG DER BEIHILFEREGELN FÜR DASEINSVORSORGE – KOMMISSION LEGT ERSTE ENTWÜRFE VOR

Die Kommission hat am 16.09.2011 neue beihilferechtliche Vorschriften vorgestellt, die die Zulässigkeit staatlicher Ausgleichsleistungen an Unternehmen, die Daseinsvorsorgeleistungen erbringen, betreffen. Sie enthalten die Kriterien, nach denen Mitgliedstaaten sog. „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (DAWI) fördern können, z. B. Krankenhäuser, Alten- oder Kinderbetreuung. Neu ist vor allem der Vorschlag einer „De-Minimis“-Sonderregelung, wonach eine DAWI-Finanzierung bis zu 150.000 €/Kalenderjahr gar nicht als Beihilfe angesehen wird. Allerdings soll diese Vereinfachung nur für lokal finanzierte DAWI, die durch kleinere Unternehmen erbracht werden, gelten.

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/sgei.html

PLENARTAGUNG DES EP IN STRASSBURG 27. - 29.09.2011 – WESENTLICHE ERGEBNISSE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMWIVT: DUAL USE, HANDELSPOLITIK, ABRUFUNG VON KOHÄSIONSFONDS, TOURISMUS, FORSCHUNG UND INNOVATION

Das EP hat in seiner Plenartagung von 27. - 29.09.2011 eine Reihe von Berichten und Gesetzgebungsakten angenommen, die für den Geschäftsbereich des StMWIVT von Interesse sind. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Annahme des Gesetzgebungspakets zur wirtschaftspolitischen Steuerung, mit dem insbesondere die Nichteinhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit „quasi-automatischen“ Sanktionen belegt wird (sog. „Six Pack“; s. auch eigenen Bericht in diesem EB). Daneben stimmte es der Beschränkung der Ausfuhrmöglichkeiten für „Dual Use“-Güter zu, forderte eine Vereinfachung der Verfahren für die Verwendung von Kohäsions- und Strukturfondsmitteln und beschäftigte sich mit Maßnahmen zur Verbesserung des Tourismussektors in der EU. Weitere Berichte betreffen die Handelspolitik der EU, bei der das EP die Kommission zum entschlossenen Abbau von Handelshemmnissen zu Gunsten europäischer Unternehmen auffordert, sowie die EU-Finanzierung von Forschung und Innovation. Hier verlangt die Kommission eine Verdoppelung des Mittelansatzes im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen im Vergleich zur gegenwärtigen Lage.



<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110927IPR27586/html/Exporte-von-sensiblen-G%C3%BCtern-beschr%C3%A4nken>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0412+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

http://www.europarl.europa.eu/pdfs/news/expert/infopress/20110927IPR27584/20110927IPR27584_de.pdf

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110927IPR27582/html/Tourismus-EU-F%C3%B6rderung-k%C3%B6nnte-lokale-Arbeitspl%C3%A4tze-schaffen-meint-das-EP>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2011-0302+0+DOC+PDF+V0//DE>

PLENUM DES EP VERABSCHIEDET DAS LEGISLATIVPAKET ZUR WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN STEUERUNG

Das EP hat am 28.09.2011 im Plenum das Legislativpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung verabschiedet. Das Legislativpaket besteht aus sechs Legislativakten, mit dem der Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft und ein Instrumentarium zur Vermeidung und Korrektur übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte geschaffen wird. Nach fast einem Jahr konnten die Verhandlungen zwischen Rat und Parlament Mitte September zum Abschluss gebracht werden, nachdem die noch verbliebenen Streitpunkte, die Abstimmungsmodalitäten im präventiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie die Behandlung der Mitgliedstaaten mit hohen Leistungsbilanzüberschüssen ausgeräumt werden konnten (s. EB 15/11). Der ECOFIN-Rat wird das Legislativpaket voraussichtlich am 04.10.2011 billigen. Damit könnte das Legislativpaket bis Ende des Jahres, rechtzeitig vor Beginn des nächsten Europäischen Semesters, in Kraft treten (s. hierzu auch Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/647>

<http://www.europarl.europa.eu/de/pressroom/content/20110928IPR27710/html/Parlament-gibt-k%C3%BCnftigen-Economic-Governance-Pl%C3%A4n-gr%C3%BCnes-Licht>

RICHTLINIENVORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR EINFÜHRUNG EINER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Die Kommission hat am 28.09.2011 ihren Richtlinienvorschlag zur Einführung



einer Finanztransaktionssteuer veröffentlicht. Erfasst werden sollen Transaktionen mit grundsätzlich allen Typen von Finanzinstrumenten. Dazu gehören Wertpapiere, Anleihen, Anteile, Derivate und strukturierte Finanzprodukte. Alltägliche Transaktionen, in die Verbraucher einbezogen sind, wie z. B. Versicherungsverträge, Hypothekarkredite, Verbraucherkredite oder Zahlungsdienstleistungen sind vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen. Die Steuer wird auf Finanztransaktionen erhoben, wenn mindestens eine Transaktionspartei in der EU ansässig ist. Die Kommission schlägt einen Mindeststeuersatz von 0,1 % für den Handel mit Anleihen und Anteilen und von 0,01 % für den Handel mit Derivaten vor. Die Kommission rechnet bei den genannten Steuersätzen mit einem jährlichen Aufkommen von 57 Mrd. €. Ein Teil der Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer soll in den EU-Haushalt fließen, so dass das Steueraufkommen nur teilweise den Mitgliedstaaten zusteht (s. hierzu auch Beitrag des StMF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/other_taxes/financial_sector/index_de.htm

EUROBAROMETER-UMFRAGE ZUM BINNENMARKT: KRITISCHERE HALTUNG VON BÜRGERN ALS NOCH IM JAHR 2009

Die Kommission hat am 26.09.2011 die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage vorgestellt, bei der zwischen Februar und März 2011 Bürgerinnen und Bürger aller EU-Mitgliedstaaten zu ihren Meinungen zum EU-Binnenmarkt befragt wurden. Insgesamt hat sich seit der letzten Umfrage 2009 die Wahrnehmung tendenziell verschlechtert. So sagen 62 % der Befragten aus, der Binnenmarkt nütze vor allem Großunternehmen (im Jahr 2009: 55 %); eine Stärkung der eigenen Wirtschaft gegenüber anderen großen Wirtschaftsmächten wie die USA oder China nahmen 51 % der Befragten an, gegenüber 70 % im Jahr 2009. Die Ergebnisse differieren teilweise erheblich je nach Mitgliedstaat: Während etwa Skandinavier und auch Slowaken im Binnenmarkt eher Chancen und Nutzen sehen, haben etwa Franzosen, Griechen und Briten eine klar negativere Haltung. Die deutschen Stimmen finden sich meist im unteren Mittelfeld; so glauben gemäß der Umfrage nur etwa 34 % der Deutschen, dass der Binnenmarkt den Lebensstandard verbessere, gegenüber 60 % der Schweden oder Finnen. Zugleich hat die Kommission ein Papier veröffentlicht, in der sie auf die 20 von Bürgern und Unternehmen als besonders wichtig angesehene Probleme im Binnenmarkt eingeht. Dazu gehören etwa die schwieri-



ge Anerkennung von Berufsqualifikationen und Hindernisse für grenzüberschreitenden Online-Handel.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1074&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/11/630&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT SOG. „BENCHMARKS“ FÜR KOSTENLOSE EMISSIONSZERTIFIKATE FÜR DIE LUFTFAHRT

Am 26.09.2011 veröffentlichte die Kommission den Entwurf für einen Beschluss über die Benchmarks der Zuteilung von kostenlosen CO₂-Emissionszertifikaten an Fluggesellschaften. Grundlage ist Artikel 3e der Emissionshandelsrichtlinie 2003/87/EG (ETS-Richtlinie). Mithilfe der nun veröffentlichten Benchmarks kann man berechnen, wie viele CO₂-Zertifikate (sog. „European Aviation Allowances“, EUAAs) über 900 Luftfahrzeugbetreiber aus 62 Staaten und der EU jährlich bis 2020 kostenlos erhalten, die eine entsprechende Zuteilung beantragt haben: Im Jahr 2012 erhalten sie pro 1.000 Tonnenkilometer jeweils 0,6797 Zertifikate, vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2020 sinkt die Anzahl kostenloser Berechtigungen auf 0,6422 Zertifikate pro 1.000 Tonnenkilometer. Laut der zuständigen Kommissarin für Klimaschutz, *Connie Hedegaard*, sind die kostenlosen Zertifikate für die nächsten zehn Jahre über 20 Mrd. € wert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1077&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ZUNAHME DER ERZEUGUNGSKAPAZITÄT FÜR WINDSTROM IN DER EU

Eine von der Kommission in Auftrag gegebenen Studie zum Stand der europäischen Windenergie ergab, dass die Erzeugungskapazität für Windstrom im Jahr 2010 in der EU um 12,2 % zugenommen hat. Dies liege jedoch erheblich unter dem weltweiten Kapazitätswachstum von 24,8 %. Laut Studie können mit der derzeitigen Kapazität etwa 6 % des europäischen Stromverbrauchs gedeckt werden. An der Spitze der derzeitigen Erzeugungskapazität in der EU durch Windkraft stünden Deutschland und Spanien mit jeweils 16 % Anteil, gefolgt von Frankreich mit 12 % sowie Großbritannien und Italien mit jeweils 10 % Anteil. Die Studie kam weiterhin zu dem Ergebnis, dass in China im Jahr 2010 44,7 Gigawatt Produktionskapazität von Windenergie installiert worden



seien, in den USA 40,2, in Deutschland 27,2 und in Spanien 20,7 Gigawatt.

http://ec.europa.eu/energy/renewables/studies/wind_energy_en.htm

KOMMISSION STELLT FAHRPLAN FÜR EIN RESSOURCENSCHONENDES EUROPA VOR

Am 20.09.2011 hat die Kommission ihren Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa vorgestellt. Bis zum Jahr 2050 soll demnach die nachhaltige Umgestaltung der europäischen Wirtschaft erfolgen bzw. ein ressourceneffizientes „grünes“ Wachstum realisiert werden. Parallel zu dem hierfür erforderlichen fundamentalen Umbau des Wirtschaftsgefüges soll auch das Konsumverhalten der EU-Bürger entscheidend verändert werden. Auch müssten Preise zukünftig so gestaltet werden, dass sie die wahren Kosten des Ressourcenverbrauchs widerspiegeln. Dieser Umbauprozess soll seitens der Kommission durch Maßnahmen wie Ökodesign, Ökokennzeichnung und einer entsprechenden nachhaltigen öffentlichen Auftragsvergabe begleitet bzw. schrittweise herbeigeführt werden. Vorerst legt der Fahrplan keine verbindlichen Vorgaben fest, diese werden aber langfristig nicht ausgeschlossen (s. hierzu auch Beitrag des StMUG in diesem EB).

http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/pdf/com2011_571_de.pdf

http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/pdf/sec2011_1068_final.pdf

http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/index_en.htm

RAT NIMMT STANDPUNKT ZUR REDUZIERUNG DER BILANZIERUNGSPFLICHT FÜR KLEINSTUNTERNEHMEN AN

Der Rat bestätigte am 12.09.2011 nun auch formal seine bereits am 30.05.2011 in erster Lesung erzielte politische Einigung (s. EB 11/11) zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG des Rates über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen im Hinblick auf Kleinbetriebe. Diese können gemäß dem Vorschlag durch die Mitgliedstaaten von den Bilanzierungspflichten ausgenommen werden, sofern sie zwei der drei folgenden Schwellenwerte nicht überschreiten: Die Bilanzsumme darf nicht über 250.000 € liegen, die Nettoumsatzerlöse nicht über 500.000 €, die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres Beschäftigten nicht über zehn. Der Vorschlag geht nunmehr an das EP zur zweiten Lesung.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/genaff/1



[24579.pdf](#)

KOMMISSION GENEHMIGT DIE GEPLANTE ÜBERNAHME DES LASTWAGEN- UND MOTORENHERSTELLERS MAN DURCH VOLKSWAGEN

Die Kommission hat am 26.09.2011 die geplante Übernahme der Münchener MAN SE durch die Volkswagen AG nach der EU-Fusionskontrollverordnung ohne Auflagen genehmigt, da sie auch nach dem Zusammenschluss weiterhin ausreichenden Wettbewerb durch gut etablierte Anbieter sieht. VW hatte den MAN-Aktionären im Mai 2011 nach der Aufstockung seines Aktienpakets auf mehr als 30 % ein Pflichtangebot unterbreitet und die beabsichtigte Übernahme am 22.08.2011 bei der Kommission angemeldet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1080&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ÜBERNAHME VON PEGUFORM UND WETHJE DURCH MOTHERSON GROUP

Die Kommission billigte am 19.09.2011 die Übernahme von 80 % der Anteile an der deutsch-spanischen Peguform Group sowie von 50 % der Anteile an der deutschen Wethje Group durch die indische Motherson Group. Die restlichen Anteile behält weiterhin die österreichische Cross Industries, die bisherige Alleineigentümerin beider Unternehmen (Verfahren COMP/M.6349, entschieden wurde im vereinfachten Verfahren). Motherson, Cross, Peguform und Wethje sind Automobilzulieferer. Peguform betreibt in Bayern Werke in Ingolstadt und in Neustadt an der Donau. Das niederbayerische Unternehmen Wethje hat seine Standorte in Vilshofen-Pleinting und Hengersberg.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEX/11/0919&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 20.09.2011 IN BRÜSSEL

Am 20.09.2011 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei („Agrarrat“) in Brüssel. Die Minister führten eine Aussprache zum EU-Programm der Abgabe von Nahrungsmitteln an Bedürftige. Sechs Mitgliedstaaten (blockierende Minderheit), darunter Deutschland, widersprachen den Vorschlägen der Kommis-



sion, das Bedürftigenhilfsprogramm in den kommenden zwei Jahren und darüber hinaus, mit der Möglichkeit Produkte vom Markt zu erwerben, fortzusetzen. Die ablehnenden Mitgliedstaaten wiesen darauf hin, dass dies kein agrarpolitisches sondern ein sozialpolitisches Instrument sei. StS Kloos stellte klar, dass Deutschland sich seiner solidarischen Verantwortung stelle. Die sozialpolitische Kompetenz liege jedoch bei den Mitgliedstaaten, die diese Aufgabe auch effizienter wahrnehmen könnten. Zum Thema energetische Nutzung von Biomasse aus der Landwirtschaft bekräftigten die Mitgliedstaaten, dass das Hauptziel der Landwirtschaft die Produktion von Lebens- und Futtermitteln bleiben müsse. Ein Großteil der Mitgliedstaaten sprach sich dafür aus, verstärkt tierische und pflanzliche Neben- und Abfallprodukte für die Energieerzeugung zu verwenden. Angesichts der aktuellen Krisensituation des Obst- und Gemüsesektors präsentierten vier Mitgliedstaaten Vorschläge zur Verbesserung der Krisenmechanismen und Marktregulierung. Wesentliche Forderungen sind bessere Marktrücknahmemöglichkeiten, Anpassung des Eintrittspreises, nationale Beihilfemöglichkeiten mit Anhebung der De-minimis Grenze sowie mehr Strukturierung innerhalb des Sektors. Außerdem schilderten die neuen Mitgliedstaaten die Bedeutung der „ergänzenden nationalen Direktzahlungen“, die den zehn neuen Mitgliedstaaten nach den Beitrittsverträgen für 2012 noch zugestanden werden, aber aus Gründen der Gleichbehandlung mit den alten Mitgliedstaaten gefährdet sind. Sie begrüßten die Unterstützung der Kommission bei der Suche nach einer Lösung in dieser Frage.

Offizielle Pressemitteilung des Rats unter:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/agricult/124682.pdf

Weitere Informationen, Video und Fotos unter:

<http://www.consilium.europa.eu/press/council-meetings.aspx?lang=en&cmsid=1119>

Pressemitteilung der Kommission zur Bedürftigenhilfe unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1062&format=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=fr>

Video-Aufzeichnung zur EP-Aussprache zur Bedürftigenhilfe unter:

<http://www.europarl.europa.eu/wps-europarl-internet/frd/vod/player?date=20110928&language=de>



DISKUSSION ZUM ZUCKERMARKT IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG

Am 21.09.2011 lud der Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie (BDSI) zusammen mit der Bayerischen Vertretung zur Abendveranstaltung „Quo vadis - Zuckermarktordnung?“. Die Lage auf dem EU-Zuckermarkt seit der letzten Reform von 2006 und die Zukunft der EU-Zuckermarktordnung nach Ablauf der noch bis zum 30.09.2015 gültigen Regelung wurden in der Bayerischen Vertretung kontrovers diskutiert. *Dr. Dietmar Kendziur*, Vorsitzender des BDSI, berichtete von den aktuell sehr hohen Zuckerpreisen. Er machte die bestehende Zuckermarktordnung dafür verantwortlich und forderte eine Abschaffung des Quotensystems nach 2015. *Dr. Fred Zeller* vom Verband der Süddeutschen Zuckerrübenanbauer erläuterte die Entlastung der Zuckerverwender durch die Preissenkungen im Zuge der Reform von 2006 und den Rückgang der Rübenproduktion in der EU. Für die Rübenbauern verlangte er einen fairen Anteil an den Erlösen der Wertschöpfungskette. MdEP *Albert Deß* (EVP/DEU) verwies auf die Entschließung des EP vom 23.06.2011 (s. EB 13/11), in der eine Fortsetzung der aktuellen Zuckermarktordnung bis 2020 gefordert wird. Für die Kommission stellte *Prof. Dr. Klaus-Dieter Borchardt* klar, dass ein Ausstieg aus dem Quotensystem anstrebt werde. Einen Termin dafür nannte er nicht. Der Forderung, die Quote bis 2015 wieder anzuheben, erteilte er eine Absage. Die Rübenbauer sollten weiter an ihrer Wettbewerbsfähigkeit arbeiten. Ein fairer Umgang miteinander sei wichtig und hilfreich für beide Seiten. Hier könnten längerfristige Verträge zwischen Verwendern und Zuckerherstellern ein gangbarer Weg für eine Zeit ohne Quotenregelung sein, so *Dr. Theodor Weber*, Abteilungsleiter am StMELF. Staatsminister *Brunner* unterstütze die Verlängerung der bestehenden Zuckermarktordnung über 2015 hinaus. Die Afrika-Karibik-Pazifik (AKP) Staatengruppe, die im Rahmen der gegenwärtigen Zuckermarktordnung Einfuhrsonderrechte genießt, sprach sich am 20.09.2011 für die Beibehaltung der bestehenden Zuckermarktordnung der EU aus. Die Kommission wird ihre Vorschläge zur Zukunft der Zuckermarktordnung im Rahmen der Legislativvorschläge zur „GAP bis 2020“ voraussichtlich am 12.10.2011 vorstellen.

Mitteilung der AKP-Staaten unter:

<http://www.acp.int/content/press-release-acp-queries-european-bid-abolish-sugar-quotas>

Mitteilung der europäischen Zuckerverwerter (CIUS) unter:



<http://www.cius.org/>

Ergebnisse der bayerischen „Zukunftskommission Landwirtschaft“ unter:

<http://www.stmelf.bayern.de/agrarpolitik/001044/index.php>

EURH-SONDERBERICHT „WIE GUT SIND KONZEPTION UND VERWALTUNG DER GEFÖRDERTEN AGRARUMWELTMASSNAHMEN?“

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 19.09.2011 den Sonderbericht Nr. 7/2011 „Wie gut sind Konzeption und Verwaltung der geförderten Agrarumweltmaßnahmen?“. Schwerpunkt dieser Wirtschaftlichkeitsprüfung war (1) der Nutzen der Agrarumweltprogramme für die Umwelt, (2) die angemessene Anleitung und ausreichende Unterstützung der Landwirte und (3) die Berücksichtigung spezieller Umweltbedürfnisse. Aus dem Bericht geht hervor, dass in 20 Jahren Agrarumweltpolitik erhebliche Fortschritte erzielt wurden. Auch die Beratung der Landwirte sei angemessen und sachgerecht. Der EuRH kritisiert jedoch (a) die vage Zielformulierung anhand derer man das Erreichen der Ziele nicht beurteilen könne, (b) Unzulänglichkeiten bei der Festlegung der Beihilfeshöhe, (c) fehlende Kosten-Nutzen-Analysen der Mitgliedstaaten zur gezielteren Ausrichtung der Förderung. In dem Sonderbericht finden sich eine Reihe von Empfehlungen des EuRH, u. a. solle die Kommission für den nächsten Programmplanungszeitraum eine genauere Ausrichtung der Ausgaben auf spezifische Umweltbedürfnisse in Erwägung ziehen.

Pressemitteilung des EuRH:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8768774.PDF>

Weitere Informationen:

<http://eca.europa.eu/portal/page/portal/pressroom>

Vollständiger Bericht:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8760792.PDF>

OECD-BERICHT ZUR EINKOMMENSSTÜTZUNG DER LANDWIRTSCHAFT

Nach dem OECD-Bericht „Agricultural Policy Monitoring and Evaluation 2011: OECD Countries and Emerging Economies“, der am 21.09.2011 vorgestellt wurde, sank der Anteil der staatlichen Einkommensstützung für die Landwirtschaft in den OECD-Staaten im Jahr 2010 im Durchschnitt auf 18 %. Der niedrige Wert stehe in enger Verbindung zu hohen Preisen für die erzeugten Produkte. In der EU liege der Wert etwas über dem Durchschnitt, bei 22 %. Während Kanada (16 %), Israel (12 %), Mexiko (12 %), USA (9 %), Chile (4 %),



Australien (3 %), Neuseeland (1 %) unter dem OECD-Durchschnitt liegen, sind Japan (49 %), Schweiz (56 %) und Norwegen (60 %) Spitzenreiter in dieser Statistik. Auch innerhalb der EU sei in den letzten Jahrzehnten ein Rückgang der Einkommensstützung für die Landwirtschaft zu verzeichnen gewesen. Diese stellen somit nur noch 29 % des gesamten Budgets der Hilfen für europäische Produzenten dar.

OECD-Mitteilung unter:

http://www.oecd.org/document/48/0,3746,en_21571361_44315115_48714608_1_1_1_1,00.html

Bericht unter :

http://www.oecd.org/document/32/0,3746,en_2649_37401_48625184_1_1_1_37401,00.html

Mitteilung des IPC:

<http://www.agritrade.org/Publications/documents/FarmPolicy.pdf>

EURH-SONDERBERICHT ZUR WIEDEREINZIEHUNG RECHTSGRUNDLOS GELEISTETER GAP-ZAHLUNGEN

Der EuRH veröffentlichte am 28.09.2011 den Sonderbericht Nr. 8/2011 „Wiedereinziehung rechtsgrundlos geleisteter Zahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik“. Darin beschäftigt er sich mit den Verfahren der Wiedereinziehung durch die Behörden der Mitgliedstaaten und die Überwachungsfunktion der Kommission. 14 Zahlstellen aus acht Mitgliedstaaten wurden untersucht, für Deutschland Hamburg und Niedersachsen. Bewertet wurde die Wirtschaftlichkeit der bestehenden Verfahren. Insgesamt mahnt der EuRH eine weitere Vereinheitlichung unter den Mitgliedstaaten an, auch wenn sich seit 2006 schon Verbesserungen zeigten. Zur Verbesserung der Situation spricht der EuRH eine Reihe von Empfehlungen aus.

Pressemitteilung des EuRH unter:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8850770.PDF>

Sonderbericht 8/2011 unter:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8830781.PDF>

KOMMISSION STELLT FAHRPLAN FÜR EIN RESSOURCENSCHONENDES EUROPA VOR

Am 20.09.2011 hat die Kommission ihren Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa vorgestellt. Bis zum Jahr 2050 soll demnach die nachhal-



tige Umgestaltung der europäischen Wirtschaft erfolgen bzw. ein ressourcen-effizientes „grünes“ Wachstum realisiert werden. Parallel zu dem hierfür erforderlichen fundamentalen Umbau des Wirtschaftsgefüges soll auch das Konsumverhalten der EU-Bürger entscheidend verändert werden. Auch müssten Preise zukünftig so gestaltet werden, dass sie die wahren Kosten des Ressourcenverbrauchs widerspiegeln. Dieser Umbauprozess soll seitens der Kommission durch Maßnahmen wie Ökodesign, Ökokennzeichnung und einer entsprechenden nachhaltigen öffentlichen Auftragsvergabe begleitet bzw. schrittweise herbeigeführt werden. Vorerst legt der Fahrplan keine verbindlichen Vorgaben fest, diese werden aber langfristig nicht ausgeschlossen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Fahrplan Ressourceneffizienz:

http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/pdf/com2011_571_de.pdf

Fortschrittsbericht zur Thematischen Strategie:

http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/pdf/sec2011_1068_final.pdf

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/index_en.htm

MEHR VERBRAUCHERINFORMATIONEN DURCH BESSERE LEBENSMITTELKENNZEICHNUNG

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat auf seiner Sitzung am 29.09.2011 in Brüssel neue Vorschriften für die Kennzeichnung von Lebensmitteln in Form der Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel (sogenannte „Lebensmittelinformations-Verordnung“) ohne Aussprache angenommen. Hierbei handelt es sich um den Kompromisstext, der bereits im Juni dieses Jahres mit dem EP ausgehandelt und von diesem in seiner Plenarsitzung am 06.07.2011 in zweiter Lesung bestätigt worden war (s. EB 14/11), die Annahme durch den Rat war daher reine Formsache. Hauptziel der neuen Regelungen ist es, Verbrauchern mithilfe von besseren Informationen über Lebensmittel, gezieltere Kaufentscheidungen und damit auch eine gesündere Ernährung zu ermöglichen. Laut Angaben des Rats wird die Verordnung gegen Ende November im EU-Amtsblatt veröffentlicht, so dass sie 20 Tage danach in Kraft treten kann. Aufgrund großzügiger Übergangsregelungen haben Lebensmittelunternehmer einige Jahre Zeit, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen und damit alte Verpackungen aufzubauchen (s. hierzu Beitrag



des StMUG in diesem EB).

Informationen des Rats:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/124811.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/124805.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

CHANCENGLEICHHEIT: AUSTAUSCH MIT WIRTSCHAFTS- HOCHSCHULEN ALS BEITRAG ZUR ERHÖHUNG DES FRAUENANTEILS IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Die Rolle von Frauen im Topmanagement von europäischen Unternehmen stand im Mittelpunkt eines Treffens der Vizepräsidentin und EU-Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, *Viviane Reding*, mit Leitern europäischer Wirtschaftshochschulen und Unternehmerinnen am 26.09.2011 in Brüssel. Dabei wurden Ansätze erörtert, wie der Anteil von Frauen in Unternehmensvorständen künftig erhöht werden kann und wie junge Frauen an eine Karriere in der Wirtschaft herangeführt werden können. Den Wirtschaftshochschulen komme nach Auskunft der Kommission eine wichtige Rolle zu, da sie junge Frauen auf eine Karriere in der Wirtschaft vorbereiten und sie unterstützen können, in Führungspositionen zu gelangen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/604&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EU-POLITIK UND FREIWILLIGENTÄTIGKEIT: KOMMISSION SCHLÄGT MIT MITTEILUNG U. A. EUROPÄISCHEN QUALIFIKATIONSPASS VOR

Die Kommission hat am 20.09.2011 die „Mitteilung zu EU-Politik und Freiwilligentätigkeit: Anerkennung und Förderung grenzüberschreitender Freiwilligenaktivitäten der EU“ vorgelegt. Darin werden vor dem Hintergrund des „Europäischen Jahrs der Freiwilligentätigkeit 2011“ verschiedene Maßnahmen aufgezeigt, wie die ehrenamtliche Tätigkeit in der EU besser anerkannt und gefördert werden kann. Die Mitteilung soll Wege aufzeigen, wie die EU und die Mitgliedstaaten das mit der Freiwilligentätigkeit verbundene Potenzial besser nutzen können. Vorgeschlagen werden u. a. die Schaffung eines Europäischen



Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe und ein Europäischer Qualifikationsspass. Die Kommission benennt in der Mitteilung auch mögliche Hindernisse für die Freiwilligentätigkeit, u. a. das Fehlen eines klaren Rechtsrahmens, den Mangel an nationalen Strategien, die auf die Förderung der Freiwilligentätigkeit abzielen, und unzureichende Anerkennung. Über 100 Millionen Menschen sind nach Angaben der EU-Kommission heute ehrenamtlich tätig.

http://ec.europa.eu/citizenship/pdf/doc1315_en.pdf

ÜBERARBEITUNG DER BEIHLIFEREGELN FÜR DASEINSVORSORGE: KOMMISSION LEGT ERSTE ENTWÜRFE VOR

Die Kommission hat am 16.09.2011 neue beihilferechtliche Vorschriften vorgestellt, die die Zulässigkeit staatlicher Ausgleichsleistungen an Unternehmen, die Daseinsvorsorgeleistungen erbringen, betreffen. Sie enthalten die Kriterien, nach denen Mitgliedstaaten die so genannten „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse“ (DAWI), z. B. Alten- oder Kinderbetreuung, fördern können. Neu ist vor allem der Vorschlag einer „De-Minimis“-Sonderregelung, wonach eine DAWI-Finanzierung bis zu 150.000 € pro Kalenderjahr gar nicht als Beihilfe angesehen wird. Allerdings soll diese Vereinfachung nur für lokal finanzierte DAWI an kleinere Unternehmen gelten. Über die nun veröffentlichten Entwürfe will die Kommission mit Mitgliedstaaten und Betroffenen in weiteren Gesprächen und Konferenzen einen intensiven Dialogprozess starten. Die endgültigen Vorschriften möchte sie dann Anfang 2012 vorlegen (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/competition/state_aid/legislation/sgei.html

EUROBAROMETER: KRITISCHERE HALTUNG VON BÜRGERN ZUM BINNENMARKT ALS NOCH IM JAHR 2009

Die Kommission hat am 26.09.2011 die Ergebnisse einer Eurobarometer-Umfrage vorgestellt, bei der zwischen Februar und März 2011 Bürgerinnen und Bürger aller EU-Mitgliedstaaten zu ihren Meinungen zum EU-Binnenmarkt befragt wurden. Insgesamt hat sich seit der letzten Umfrage 2009 die Wahrnehmung tendenziell verschlechtert. So sagten 62 % der Befragten aus, der Binnenmarkt nütze vor allem Großunternehmen (im Jahr 2009: 55 %); eine Stärkung der eigenen Wirtschaft gegenüber anderen großen Wirtschaftsmächten wie den USA oder China nahmen 51 % der Befragten an, gegenüber 70 % im Jahr 2009. Die Ergebnisse differieren teilweise erheblich je nach Mit-



gliedstaat: Während etwa Skandinavien und auch Slowakei im Binnenmarkt eher Chancen und Nutzen sehen, haben etwa Franzosen, Griechen und Briten eine negativere Haltung. Die deutschen Stimmen finden sich meist im unteren Mittelfeld; so glauben gemäß der Umfrage nur etwa 34 % der Deutschen, der Binnenmarkt verbessere den Lebensstandard, gegenüber 60 %, die das in Schweden oder Finnland annehmen. Zugleich hat die Kommission ein Papier veröffentlicht, in dem sie auf die 20 von Bürgern und Unternehmen als am drängendsten angesehene Probleme im Binnenmarkt eingeht. Dazu gehört u. a. die Anerkennung von Berufsqualifikationen (s. auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/1074&format=HTML&aged=0&language=DE&quiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

HOCHRANGIGE GRUPPE DER GENERALDIREKTOREN DISKUTIERT ÜBER DIE NEUE GENERATION DES BILDUNGS- UND JUGENDPROGRAMMS 2014-2020

Auf ihrer Sitzung am 21.09.2011 in Brüssel tauschte sich die Hochrangige Gruppe der Generaldirektoren auf der Grundlage des Vorschlags der Kommission für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (vgl. EB 13/11) über die Gestaltung der neuen Generation des Bildungs- und Jugendprogramms „Bildung Europa“ 2014-2020 aus. Die Kommission betonte die vorgeschlagene massive Budgetsteigerung um im Vergleich zu den derzeitigen Programmen gut 70 % auf rund 15,2 Mrd. €, mit denen das neue Programm für Bildung, Ausbildung, Jugend und Sport („Bildung Europa“) nach ihrem Vorschlag ausgestattet werden sollte. Die neue Programmgeneration werde auf den bewährten Maßnahmen der derzeitigen Programme aufbauen, die allerdings in eine deutlich straffere Struktur mit nur drei Säulen (Säule 1 transnationale Mobilität zu Lernzwecken, Säule 2 institutionelle Kooperation, Säule 3 politische Unterstützung) über alle Bildungsbereiche hinweg überführt würden. Dieser integrierte Ansatz sei kohärenter als bislang. In der anschließenden Diskussion äußerten die Mitgliedstaaten zahlreiche Bedenken, vor allem in Bezug auf den geplanten integrierten Ansatz und die daraus resultierende fehlende Zielgruppenorientierung. Deutschland forderte, dass auch im neuen Programm für alle Bildungssektoren der Zugang über die Einrichtung sektorspezifischer Min-



destbudgets innerhalb der geplanten Säulen sichergestellt werden müsse. Auf Kritik traf auch die vorgeschlagene Integration des Jugendbereichs in ein übergreifendes Dachprogramm. Ein erster Entwurf der Rechtsgrundlage für die neue Generation des Bildungs- und Jugendprogramms soll am 23.11.2011 vorgelegt werden.

EP NIMMT ENTSCHEIDUNG ZUM SYSTEM DER EUROPÄISCHEN SCHULEN AN

Das Europäische Parlament (EP) hat am 27.09.2011 auf der Grundlage eines Berichts des Abgeordneten *Jean-Marie Cavada* (EVP/FRA) eine Entscheidung zum System der Europäischen Schulen angenommen. Das EP betont in dem Text die besondere Attraktivität des Bildungsmodells der Europäischen Schulen, die ein „hervorragendes Bildungsprojekt“ darstellten. Nationale bzw. regionale Bildungssysteme sollten sich die pädagogischen Grundsätze der Europäischen Schulen daher zum Vorbild nehmen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0402+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EP NIMMT BERICHT ZUR FINANZIERUNG VON FORSCHUNG UND INNOVATION AN

In seiner Sitzung am 27.09.2011 hat das EP den Bericht der Abgeordneten *Marisa Matias* (Linke/PRT) zur EU-Finanzierung von Forschung und Innovation angenommen. Der Bericht sieht eine Verdoppelung des Budgets im 8. Forschungsrahmenprogramm vor. Das EP zeigt sich dabei ambitionierter als die Kommission, die in ihrem Haushaltsentwurf lediglich eine Erhöhung von 53 auf 80 Mrd. € vorschlägt. Wie bereits in der Aussprache am Vortag deutlich wurde, drängt das EP weitestgehend fraktions- und nationalitätsübergreifend zudem stark auf eine Kohäsionskomponente in der Forschungspolitik.

Matias-Bericht im Internet:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2011-0302+0+DOC+PDF+V0//DE>



KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ZUR HOCHSCHULMODERNISIERUNG VOR

Am 20.09.2011 hat die Kommission ihre bereits vor einem Jahr angekündigte Mitteilung zur Modernisierung des europäischen Hochschulwesens vorgelegt. Die Mitteilung bleibt dabei sowohl hinter den Erwartungen als auch den Befürchtungen zurück. Waren vor einem Jahr noch konkrete Vorschläge zu Finanzierung, Leitungsstrukturen und Curricula angekündigt worden, finden sich nun an die Mitgliedstaaten gerichtete Allgemeinplätze und Vorschläge, die in Bayern schon überwiegend Realität sind.

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT MITTEILUNG ZU „PARTNERSCHAFTEN IM BEREICH FORSCHUNG UND INNOVATION“

Die Kommission hat am 21.09.2011 eine Mitteilung veröffentlicht, in welcher sie zu partnerschaftlichem Agieren in der Innovationspolitik, insbesondere zwischen staatlichen und privaten Akteuren, aufruft. Die Kommission nimmt eine erste Bewertung bisheriger Kooperationen vor und zeigt auf dieser Basis Wege auf, wie effizient arbeitende öffentlich-private und öffentlich-öffentliche Partnerschaften auf europäischer und nationaler Ebene gebildet werden können. Nach Darstellung der Kommission bedarf es einfacherer, aber zugleich flexiblerer Verwaltungsmechanismen unter Vermeidung von Doppelarbeit und fortlaufender finanzieller Anstrengungen aller Akteure.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0572:FIN:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

KOMMISSION STELLT FAHRPLAN FÜR EIN RESSOURCENSCHONENDES EUROPA VOR

Am 20.09.2011 hat die Kommission ihren Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa vorgestellt. Bis zum Jahr 2050 soll demnach die nachhaltige Umgestaltung der europäischen Wirtschaft erfolgen bzw. ein ressourceneffizientes „grünes“ Wachstum realisiert werden. Parallel zu dem hierfür erforderlichen fundamentalen Umbau des Wirtschaftsgefüges soll auch das Konsumverhalten der EU-Bürger entscheidend verändert werden. Auch müssten Preise zukünftig so gestaltet werden, dass sie die wahren Kosten des Ressourcenverbrauchs widerspiegeln. Dieser Umbauprozess soll seitens der



Kommission durch Maßnahmen wie Ökodesign, Ökokennzeichnung und einer entsprechenden nachhaltigen öffentlichen Auftragsvergabe begleitet bzw. schrittweise herbeigeführt werden. Vorerst legt der Fahrplan keine verbindlichen Vorgaben fest, diese werden aber langfristig nicht ausgeschlossen.

Fahrplan Ressourceneffizienz:

http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/pdf/com2011_571_de.pdf

Fortschrittsbericht zur Thematischen Strategie:

http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/pdf/sec2011_1068_final.pdf

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/environment/resource_efficiency/index_en.htm

ZUNAHME DER ERZEUGUNGSKAPAZITÄT VON WINDSTROM IN DER EU

Eine von der Kommission in Auftrag gegebene Studie zum Stand der europäischen Windenergie ergab, dass die Erzeugungskapazität für Windstrom im Jahr 2010 in der EU um 12,2 % zugenommen hat. Dies liege jedoch erheblich unter dem weltweiten Kapazitätswachstum von 24,8 %. Laut der Studie kann mit der derzeitigen Kapazität etwa 6 % des europäischen Stromverbrauchs gedeckt werden. An der Spitze der derzeitigen Erzeugungskapazität in der EU durch Windkraft stünden Deutschland und Spanien mit jeweils 16 % Anteil, gefolgt von Frankreich mit 12 % sowie Großbritannien und Italien mit jeweils 10 % Anteil. Die Studie kam weiterhin zum Ergebnis, dass in China im Jahr 2010 44,7 Gigawatt Produktionskapazität von Windenergie installiert worden seien, in den USA 40,2, in Deutschland 27,2 und in Spanien 20,7 Gigawatt (s. hierzu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Studie - 2011 Snapshot on European wind energy:

http://ec.europa.eu/energy/renewables/studies/doc/wind_energy/2011_wind_snapshot.pdf

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/energy/renewables/studies/wind_energy_en.htm

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT BENCHMARKS FÜR DIE KOSTENLOSE ZUTEILUNG VON EMISSIONSZERTIFIKATEN FÜR DIE LUFTFAHRT

Am 26.09.2011 veröffentlichte die Kommission einen Beschluss über die Benchmarks für die Zuteilung von kostenlosen CO₂-Emissionszertifikaten an Fluggesellschaften (s. EB 18/09 und 13/08). Mithilfe der nun veröffentlichten



Benchmarks kann berechnet werden, wie viele CO₂-Zertifikate die über 900 Luftfahrzeugbetreiber aus 62 Staaten und der EU jährlich bis 2020 kostenlos erhalten. Der Verband der Europäischen Fluglinien (AEA), der Verband der Europäischen Regionalfluglinien (ERA) und der Internationaler Fluggesellschafts-Verbandes (IACA) haben in diesem Zusammenhang die Darstellung der EU-Kommission zurückgewiesen, dass der Emissionshandel den Unternehmen Mehreinnahmen bringen könne. Sie befürchten Kosten von voraussichtlich 17,5 Mrd. € zwischen 2012 und 2020. Das einseitige Vorgehen der EU durch die Einführung eines Emissionshandelssystems (ETS, Emission Trading System) für den Flugverkehr ist auch international sehr umstritten. Drei US-Fluggesellschaften und der amerikanische Branchenverband Air Transport Association (ATA) klagen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen ihre Einbeziehung in das ETS. Auch die China Air Transport Association hatte sich im März im Namen ihrer Mitglieder offiziell bei der Kommission beschwert (s. hierzu auch Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:252:0020:0021:DE:PDF>

NEUNTES INFORMELLES BRÜSSELER VETERINÄRFACHGESPRÄCH

Am 21.09.2011 fand auf Einladung von MdEP *Dr. Horst Schnellhardt* (EVP/DEU), der Vertretung des Freistaates Bayern und des Milchindustrie-Verbandes e.V. (MIV) das neunte informelle Veterinärfachgespräch in der Bayerischen Vertretung in Brüssel statt. Deutschsprachige Veterinärexperten aus verschiedenen Einrichtungen diskutierten mit Vertretern der EU über aktuelle tierärztliche Themen und nutzten diesen Informationsaustausch dazu, im Vorfeld laufender Gesetzgebungsverfahren frühzeitig ihre Anliegen vorzutragen. Ministerialdirektor *Michael Höhenberger* vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit eröffnete die Veranstaltung und hob die Fortschritte Bayerns in den vergangenen zehn Jahren im Bereich der Lebensmittelsicherheit hervor. Zugleich bekräftigte er die bereits beim vorhergehenden Veterinärfachgespräch vorgebrachte Forderung Bayerns, Lebensmittel von Klontieren und deren Nachkommen auf EU-Ebene zu verbieten. *Dr. Schnellhardt* begrüßte seinerseits die Teilnehmer und unterstrich die ebenfalls ablehnende Haltung des Europäischen Parlaments (EP) gegenüber dem Klonen von Tieren zur Lebensmittelproduktion. *Dr. Trunk* von der Kommission



(GD SANCO) gab einen Überblick über aktuelle europäische Rechtsetzungsvorhaben einschließlich der Revision der Novel-Food-Verordnung, dem ausstehenden Vorschlag für eine Antibiotikaresistenzstrategie und ein Tiergesundheitsgesetz. Schließlich führte *Dr. Krauss* (Kommission, GD SANCO) in das Schwerpunktthema der Veranstaltung „Revision des Tierarzneimittelrechts“ ein, welches um Ausführungen aus praktischer Sicht von *Dr. Götz*, dem Präsidenten des Bundesverbandes Praktizierender Tierärzte e.V., und von *Dr. Runge* vom MIV ergänzt wurde.

MEHR VERBRAUCHERINFORMATIONEN DURCH BESSERE LEBENSMITTELKENNZEICHNUNG

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat auf seiner Sitzung am 29.09.2011 in Brüssel neue Vorschriften für die Kennzeichnung von Lebensmitteln in Form der Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel (sog. „Lebensmittelinformations-Verordnung“) ohne Aussprache angenommen. Hierbei handelt es sich um den Kompromisstext, der bereits im Juni dieses Jahres mit dem Europäischen Parlament (EP) ausgehandelt und von diesem in seiner Plenarsitzung am 06.07.2011 in zweiter Lesung bestätigt worden war (siehe EB 14/11), die Annahme durch den Rat war daher reine Formsache. Hauptziel der neuen Regelungen ist es, Verbrauchern mithilfe von besseren Informationen über Lebensmittel, gezieltere Kaufentscheidungen und damit auch eine gesündere Ernährung zu ermöglichen. Laut Angaben des Rates wird die Verordnung gegen Ende November im EU-Amtsblatt veröffentlicht, so dass sie 20 Tage danach in Kraft treten kann. Aufgrund großzügiger Übergangsregelungen haben Lebensmittelunternehmer einige Jahre Zeit, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen und damit alte Verpackungen aufzubrauchen.

Informationen des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/124811.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/124805.pdf



Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EUGH BESTÄTIGT KOMMISSIONSENTSCHEIDUNG ZUR UNZULÄSSIGKEIT DER DVB-T-BEIHILFE IN BERLIN-BRANDENBURG

Mit seinem Urteil vom 15.09.2011 wies der EuGH eine Klage der Bundesrepublik Deutschland auf Aufhebung des Urteils des Gerichts (EuG) vom 06.09.2009 zurück (Rechtssache C-544/09) und bestätigte damit die Kommissionsentscheidung zur Unzulässigkeit der DVB-T-Beihilfe in Berlin-Brandenburg. In dem Urteil war die im Rahmen der Initiative „Digitaler Rundfunk“ geleistete Beihilfe der Medienanstalt Berlin und Brandenburg (MABB) für private Rundfunkanbieter zum Umstieg vom analogen auf das digitale terrestrische Fernsehen (DVB-T) für als nicht mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt worden.

Urteil des EuGH:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&numaff=c-544/09%20p>

EUGH: DEUTSCHLAND KANN DIE WEITERVERBREITUNG VON IN ANDEREN MITGLIEDSTAATEN RECHTMÄSSIG AUSGESTRAHLTEN SENDUNGEN IN SEINEM HOHEITSGEBIET NICHT VERBIETEN

Am 22.09.2011 hat der EuGH im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens entschieden, dass Deutschland die Weiterverbreitung von in Dänemark rechtmäßig ausgestrahlten Programmen des kurdischen Senders Roj TV in seinem Hoheitsgebiet nicht aufgrund einer nationalen Rechtsvorschrift über das Vereinsverbot verhindern kann.

Urteil:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Submit&numaff=C-244/10>

Pressemitteilung:

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-09/cp110099de.pdf>

EP VERABSCHIEDET ENTSCHEIDUNG ZU EINHEITLICHEM AUFTRETEN AUF ITU-WELTFUNKKONFERENZ 2012

Am 15.09.2011 hat das EP ein politisches Konzept der EU für die ITU-Weltkonferenz 2012 (WRC-12) verabschiedet. Danach sollten die Mitglied-



staaten bei multilateralen Verhandlungen zur besseren Durchsetzung ihrer Interessen einheitliche Standpunkte vertreten. Nur so seien bei der Nutzung von Funkfrequenzen weltweite Synergieeffekte und Größenvorteile zu erzielen. Der Entschließungstext ist abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2011-0391+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>